

## Gemeinschaftsbad

Um der Hitze zu entkommen, treffen sich diese Chinesen in den Gewässern des „Death Sea of China“ Resorts im Kreis Daying der südwestchinesischen Provinz Sichuan. Über zehntausend Menschen passen in diesen künstlichen Salzwasserpool – wenn alle eng zusammenrücken. Mit 30 000 Quadratmetern ist es das größte Schwimmbad Chinas; auch wenn es überdacht ist, können sich die Badenden ein wenig fühlen wie im Toten Meer: Der Salzgehalt des Wassers liegt bei über 22 Prozent, die Reifen bewahren vor dem Abdriften. Die meisten Besucher können zudem nicht schwimmen.



### Analyse

## Abwärts mit Abe

*Der japanische Premier verspielt sein politisches Kapital.*

Es war ein grandioses Missverständnis, das Shinzo Abe vor zweieinhalb Jahren zu einem Comeback als japanischer Premier verhalf. Der Nationalist wollte Japan militärisch aufrüsten gegen den erstarkenden Nachbarn China; zu diesem Zweck legte er auch die pazifistische Verfassung neu aus, welche die einstigen US-Besitzer dem Verlierer des Zweiten Weltkriegs diktiert hatten. Seine Landsleute ersehnten dagegen vor allem den ökonomischen Aufschwung, den Abe ihnen nach über zwei Krisenjahrzehnten verhiess. Im Zuge seiner „Abenomics“, der Abe-Ökonomie, pumpte er dann zwar Unmengen Geld in den ermatteten Wirtschaftskreislauf, doch inzwischen merken die Verbraucher, dass davon kaum etwas bei ihnen ankommt. Denn Abe hat es versäumt, die verkrusteten Strukturen gleichzeitig grundlegend zu reformieren. Dafür ist er viel zu abgelenkt durch sein Lieblingsprojekt, das militärische Aufrüsten: Mit autoritärem Gehabe, das einer

Demokratie nicht würdig ist, paukte er gerade ein Bündel von Gesetzen durch das Unterhaus, das Kampfeinsätze der Armee im Ausland ermöglichen soll. Die meisten heimischen Rechtsexperten kritisieren das Vorhaben – es muss noch das Oberhaus passieren – als verfassungswidrig. Viele Japaner fürchten nun, dass ihr Nachwuchs künftig wieder in Kriege ziehen muss. In Umfragen äußert sich erstmals eine Mehrheit unzufrieden mit ihrem Premierminister. Der einst gefeierte Heilsbringer Abe ist dabei, sein politisches Kapital zu verspielen. Dieses wird ihm fehlen, wenn er weitere unpopuläre Vorhaben durchsetzen will, allen voran die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke, die nach dem Unglück von Fukushima alle abgestellt wurden. Auch dies lehnt eine Mehrheit der Japaner ab. Sie merken jetzt, dass die meisten von ihnen friedliebender, umweltbewusster und moderner sind als ihr gestrigter Premier.

Wieland Wagner

FOTO: CHINAFOTOPRESS / GETTY IMAGES



## Griechenland Privatisierungen als „Befreiungsschlag“

Der von den europäischen Gläubigern geforderte Treuhandfonds zur Privatisierung staatlicher Vermögenswerte findet in der griechischen Verwaltung Unterstützer. Es sei „grundsätzlich richtig“, das Staatsvermögen auf eine einzige Institution zu konzentrieren, sagte dem SPIEGEL ein hoher Regierungsbeamter, der „aufgrund der fragilen Lage in der Partei“ nicht namentlich genannt werden will. Öffentliche Liegenschaften wie Schulen und Krankenhäuser seien bislang auf verschiedene Behörden verteilt und „niemals richtig gezählt und katalogisiert worden, das ist ein riesiges Durcheinander“. Die bestehende Privatisierungsbehörde Taiped, so der einflussreiche Beamte, biete gute Voraussetzungen für den geplanten Fonds.



Sie sei als unabhängige Gesellschaft organisiert, funktioniere „nach den Gesetzen des Marktes und nicht nach den Anweisungen der Politik“. Schon jetzt stünden Taiped zwei Experten aus Brüssel zur Seite, die den Vorstand überwachen. Zukünftig sei vorstellbar, dass die Institutionen noch stärker repräsentiert sein könnten.

Bislang seien die innerparteilichen Kräfteverhältnisse bei der Regierungspartei Syriza für Privatisierungen nicht sehr günstig gewesen. „Aber wir müssen ideologische

Scheuklappen abbauen und bestimmtes Staatsvermögen der realen Wirtschaft zufügen.“ Deshalb würden die aktuellen Reformbeschlüsse auch als „Befreiungsschlag“ verstanden.

Seit 2011 konnten 3,5 Milliarden Euro durch Privatisierungen erwirtschaftet werden. Seit dem Amtsantritt von Alexis Tsipras stehen nach Behördenangaben bereits Verträge über weitere gut 3,5 Milliarden Euro unmittelbar vor der Unterschrift: 14 regionale Flughäfen an die Fraport für rund 1,2 Milliarden Euro gehören dazu, Teilprivatisierungen der Häfen von Piräus und Thessaloniki oder der Verkauf des ehemaligen Flughafengeländes Hellenikon in Athen.

Als Nächstes sollen 49 Prozent der staatlichen Erdgasgesellschaft nach Aserbaidschan verkauft werden. „Wir hoffen, dass das innerhalb eines Monats erledigt ist“, so der hohe Beamte. mer

## Jemen „Ich war 30 Minuten lang begraben“

**Bassar Mohammed Aldhamary**, 15, lebte in Saada, im Nordwesten des Jemen. Seit Ende März bombardiert ein sunnitische Bündnis unter saudischer Führung das Land, um die schiitischen Huthi-Rebellen niederzuschlagen. Etwa 3000 Menschen sind seit Beginn der Kämpfe gestorben, schätzungsweise 150 000 Jemeniten flohen. Die Luftschläge in Saada gehören zu den heftigsten im Jemen, Aldhamary überlebte nur knapp. Er erzählt seine Geschichte in einem Krankenhaus, schwer verletzt.

„Es passierte während des Ramadan, wir hatten den ganzen Tag gefastet und warteten auf unser Abendessen. Meine Schwester war in der Küche, ich saß mit meiner Mutter und meinem Bruder im Wohnzimmer. Wir hörten den Lärm der Flugzeuge wie jeden Tag, aber wir hatten uns daran gewöhnt. Als der Muezzin zum Gebet

rief, begannen wir gerade zu essen. Dann kam das Flugzeug näher. Das Nächste, woran ich mich erinnere, ist ein riesiger Druck, den ich auf meiner Brust spürte, als die Bombe unser Haus traf. Ich versuchte, aus dem Fenster zu springen, aber das Haus fiel über mir zusammen. Ich hörte die Stimmen meiner Nachbarn. Sie versuchten, die Sofas von meinem Körper zu ziehen – die Sofas haben mir das Leben gerettet, weil die Steine auf sie gefallen sind. Ich war mehr als 30 Minuten begraben, schrie nach meiner Mutter und meiner

Schwester. Wo war mein Bruder? Ich schrie die ganze Zeit auf dem Weg zum Krankenhaus. Erst dort spürte ich meine Verletzungen. Vor dem Krieg ging ich zur Schule und arbeitete nachmittags auf dem Feld. Ich weiß nicht, warum die Saudis uns bombardieren. Es gibt in der Stadt kaum zu essen, keinen Strom, kein Wasser. All unsere Nachbarn sind geflohen. Mein Vater ist mit mir im Krankenhaus. Meine Mutter und mein Bruder sind tot. Wir wissen nicht, wo wir in Zukunft leben können.“

Aufgezeichnet von Katrin Kuntz



Aldhamary

## Fußnote

# 116

**Häftlinge sitzen noch im Gefangenenlager von Guantanamo ein. Nach seiner Wahl 2009 hatte US-Präsident Obama versprochen, das Lager innerhalb eines Jahres zu schließen. Demnächst will die Regierung dem Kongress einen Plan zur „verantwortungsvollen Schließung“ vorlegen. Die republikanische Mehrheit lehnt es allerdings weiterhin ab, die Insassen vor zivile Gerichte in den USA zu stellen.**

FOTOS: G. CHRISTAKIS / PICTURE ALLIANCE / DPA (O.); MARGISO CONTRERAS (U)